

Jakob Steffen

---

**ÖKONOMISCHES WACHSTUM UND MILITÄRISCHER KONFLIKT**

---

Dezember 2010

Copyright J.S. Research KG

Vertreten durch Jakob Steffen, Geschäftsführer

Alle Rechte der Vervielfältigung und/oder Veröffentlichung,  
auch von Auszügen aus dieser Arbeit vorbehalten.

Bei diesbezüglichen Anfragen nehmen Sie bitte Kontakt unter [office@j-s-research.org](mailto:office@j-s-research.org) auf.

## 1 Zur Fragestellung

Der Titel dieses Aufsatzes mag zunächst befremdlich wirken: Die Nennung des positiv besetzten Begriffs Wachstum in einem Atemzug mit dem Negativum gesellschaftlichen Handelns schlechthin erscheint paradox. Und warum sollte ein Zusammenhang zwischen diesen Beiden überhaupt von Interesse sein? Ein etwaiger Versuch, wirtschaftliches Wachstum künstlich zu verhindern, wäre doch wohl in etwa so sinnvoll, wie gegen das Wetter opponieren zu wollen?!

Die generelle Suche nach Mustern von Konflikten zwischen Staaten wird schon lange betrieben; das in diesem Rahmen übergeordnete Ziel ist die Analyse verschiedener, möglicher systematischer Zusammenhänge zwischen Variablen auf der nationalen wie der internationalen Ebene, um konfliktträchtige Entwicklungen rechtzeitig erkennen und ihnen möglichst entgegen wirken zu können (vgl. z.B. Choucri und North 1972, S. 81). Damit verbunden ist zugleich eine erste wichtige Stellungnahme: Bei aller Bedeutung der jeweiligen Persönlichkeit politischer Entscheidungsträger sind es niemals nur oder auch nur in erster Linie diese Personen, die über Krieg und Frieden entscheiden. Vielmehr sind diese oftmals nur ausführende Organe tiefer liegender, oft sich langfristig entwickelnder Strukturen; eine einmal in Fahrt gekommene Krisendynamik kann so den verantwortlichen Entscheidungsträgern rasch die Hände binden (vgl. z.B. Choucri und North 1972, S. 97, 113; Reuveny und Thompson 1999, S. 590f.). Dieses Primat der Strukturen in der Sicherheitspolitik und den internationalen Beziehungen ist die zentrale Annahme der sogenannten neorealistischen Schule der Wissenschaft der Außen- und internationalen Politik und ihrer Unterschulen (vgl. Walt 2002). Daraus erwächst schließlich für alle Regierungen die wichtige Aufgabe, einerseits die *Auswirkungen* kaum steuerbarer Strukturen wie des Wirtschaftswachstums politisch zu dämpfen, und andererseits den Einfluss der steuerbaren Faktoren wie institutioneller Zusammenarbeit etc. zu maximieren.

Insbesondere ökonomische Entwicklungen sind nach Ansicht des Autors nun das zentrale Charakteristikum im Rahmen dieser tiefer liegenden Strukturen zwischen den Staaten. Verschiedene Autoren haben einzelne Aspekte aus diesem Kontext analysiert, darunter vor allem das Bevölkerungswachstum oder den technischen Fortschritt (vgl. z.B. Choucri und North 1972). Choucri und North (1972, S. 83) machen zwar zugleich die wichtige Feststellung, dass internationale Konflikte niemals *nur* durch einen Faktor bedingt werden. Es ist jedoch die Überzeugung des Autors, dass wenn nicht der einzige, so doch der wichtigste Faktor für das Ausbrechen militärischer Konflikte langfristige, ökonomische Entwicklungen zwischen den Staaten sind. Diese Ansicht teilt spezifisch zum Beispiel Doran (1983).

Dies alles führt zu der eingangs aufgeworfenen, scheinbaren Befremdlichkeit zurück, Wohlstand und ökonomisches Wachstum mit dem Krieg zu verbinden. Es ist das Ziel dieser Analyse, zunächst in allgemein argumentativer Weise den systematischen Zusammenhang zwischen den Variablen Wirtschaftswachstum und Krieg im Rahmen einer Literaturlauswertung zu leisten. Nicht dagegen erfolgt bereits an dieser Stelle eine systematische, statistische Auswertung entsprechender Daten; dies muss weiterführenden Arbeiten vorbehalten bleiben.

Die vorliegende Analyse präsentiert zunächst in Abschnitt 2 die Hypothese eines systematischen Zusammenhangs, wie sie sich aus der Untersuchung der bestehenden Literatur ergeben hat, um dann die Komponenten der Hypothese in den Unterabschnitten 2.1 und 2.2 einzeln zu entwickeln. Abschnitt 3 schließlich fasst die Argumentation zusammen, gibt Anwendungsbeispiele und formuliert einige politische Handlungsempfehlungen, die sich aus der Analyse ergeben.

## 2 Zum systematischen Zusammenhang von Ökonomie und Krieg

Die theoretische Grundlage dieser Untersuchung sind die sogenannte offensiv-(neo-)realistische Schule sowie die Allianzen- bzw. *balance of threat*-Theorie, der die folgenden Annahmen zu Grunde liegen (vgl. zu diesem und den folgenden Absätzen Walt 2002, S. 206ff., 212f. sowie Walt 1984/1985): Staaten können sich niemals sicher sein, welche Absichten andere, selbst friedliche Staaten innerhalb ihrer Einflussosphäre in Zukunft verfolgen könnten; sie neigen deshalb *aus Sicherheitsgründen* sowohl zur Maximierung der eigenen Macht wie auch zur Gegenmachtbildung (*balancing*) gegen stark aufstrebende Staaten, sei es aus eigener Kraft, mittels Allianzenbildung oder aber durch Stellvertreterkriege. Staatsführungen sind nach dieser Überzeugung äußerst sensibel für ihre relative Position im Machtgefüge ihres Einflussbereichs; hier bietet sich ein Zitat Walts prägnanter Zusammenfassung an:

„Thus, security competition will be most intense when the system is multipolar *and the distribution of power is heavily skewed.*“ (Walt 2002, S. 208; meine Hervorhebungen)

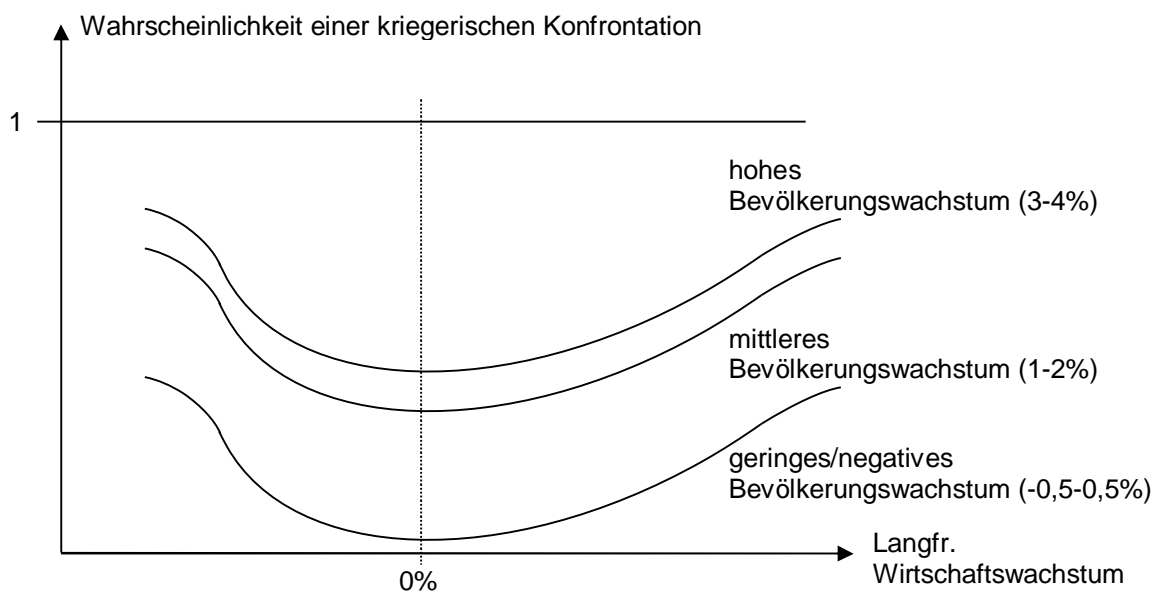
---

<sup>1</sup> Gemeint ist das internationale Staatensystem, die Theorie ist aber auch auf kleinere Staatensysteme anwendbar. Der Vollständigkeit halber sei hinzugefügt, dass Walt (1984/1985) neben der bloßen Machtverteilung zudem die Faktoren der geographischen Nähe, der offensiven Kapazitäten sowie etwaiger offensiver Intentionen in seine Theorie einbezieht, die im Rahmen der vorliegenden Analyse im Einzelnen jedoch keine weitere Berücksichtigung finden. Die geographische Nähe geht in dem hier verwandten Begriff der *Einflussosphäre* auf, die im vorliegenden Modell als nicht weiter spezifiziertes, geographisch jedoch nicht notwendig auf die benachbarten Staaten beschränktes Interessengebiet des betrachteten Staates verstanden wird (vgl. dazu z.B. Choucri und North 1972); die offensiven Kapazitäten sind explizit Teil der durch das Wirtschaftswachstum beeinflussten militärischen Möglichkeiten; und die offensiven Intentionen als Verhaltensvariable haben

In der hier unternommenen Analyse wird allerdings nicht unterschieden, ob ein Staat mit schwachem bzw. starkem Wirtschaftswachstum auch der Aggressor einer militärischen Konfrontation ist; die Konsequenz bleibt dieselbe, nämlich dass entsprechende Staaten erhöht konfliktgefährdet sind. Man könnte ferner einwenden, dass alternativ zur Gegenmachtbildung die betreffenden Staaten doch sich stets auch mit dem aufstrebenden Staat verbünden können (bandwagoning). Walt (1984/1985) stellt hierzu jedoch fest, dass balancing stets rationaler, weil sicherer als bandwagoning ist und als Strategie deshalb zumeist vorgezogen werden dürfte; denn im Fall des bandwagoning sei der betreffende Staat stets im Ungewissen, ob ihm gegenüber der mächtige Staat seine wohlwollende Haltung auch zukünftig bewahre.

Aus der vorliegenden Untersuchung hat sich auf der Grundlage der offensiv-realistischen Theorie nun konkret folgende Hypothese ergeben: Angenommen wird ein U-förmiger Zusammenhang zwischen der unabhängigen Variablen  $\Delta$ Langfristiges Wirtschaftswachstum (in der Regel gemessen als Veränderung des Bruttoinlandsprodukts pro Kopf der Bevölkerung) und der abhängigen Variablen  $\Delta$ Wahrscheinlichkeit einer kriegerischen Konfrontation für den betreffenden Staat (vgl. Abb. 1). Die Formulierung der Hypothese folgt dabei insbesondere den Überlegungen Dorans (1983), weitere Einzelheiten sowie Quellen dieser Hypothese werden in den nachfolgenden Abschnitten ausführlich dargestellt.

Abb. 1



in dem hier entwickelten, rein strukturellen Modell keinen Platz, obwohl sie natürlich in der Realität eine Rolle spielen.

Die Variable  $\Delta$ Langfristiges Wirtschaftswachstum $\%$  stellt hier darauf ab, dass natürlich nicht das ökonomische Wachstum eines Staates in einem einzelnen oder auch in zwei, drei oder vier aufeinanderfolgenden Jahren sogleich systemische Auswirkungen auf sein sicherheitspolitisches Umfeld haben kann; wohl aber könnte ein solcher Zusammenhang für den Durchschnitt aus zum Beispiel mehr als 10 Jahren gegeben sein.

Das jeweilige Minimum der Kurven wird für ein Wirtschaftswachstum um 0% angenommen, wobei für einen Bereich zwischen -0,5% und +3% kaum von einer Veränderung des Funktionswerts ausgegangen wird; daher der flache, nach rechts gedehnte  $\Delta$ Boden $\%$  der Kurven.<sup>2</sup> Für sowohl ausgeprägt negatives als auch positives Wirtschaftswachstum werden schließlich abnehmende Grenzeffekte auf die Wahrscheinlichkeit einer militärischen Konfrontation unterstellt, zu erkennen an den abflachenden Enden der Kurven.

Der Ist-Zustand des wirtschaftlichen *Wohlstands* eines Staates dagegen kann bereits zu Beginn aus der Formulierung der Hypothese ausgeklammert werden: Diese Variable weist schon mit Blick auf einige wenige Beispiele aus Vergangenheit und Gegenwart höchstens einen sehr schwachen systematischen Zusammenhang mit militärischen Konflikten auf. So war etwa in der Antike das reiche römische Volk einer der Hauptaggressoren, in ihrer frühen Entstehungszeit waren dagegen zum Beispiel die Vereinigten Staaten von Amerika als vergleichsweise weniger reiche, dafür aber rasant wachsende Ökonomie in zahlreiche militärische Konflikte verstrickt, und auch heute sind sie es noch, wo sie doch längst die dominierende Wirtschaftsmacht der Erde geworden sind. Schließlich führten und führen auf dem afrikanischen Kontinent alle möglichen relativ reichen und armen Staaten Krieg gegeneinander. Es kann also zusammenfassend festgehalten werden, dass kaum der *statische* Wohlstand eines Staates als vielmehr das *dynamische* Element seines ökonomischen Wachstums von Relevanz sein dürfte.

Einige weitere, mögliche Variablen müssen sodann in Betracht gezogen werden. Der Variablen Bevölkerungswachstum kommt mutmaßlich insofern eine gesonderte Bedeutung zu, als dass sie den Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und der Wahrscheinlichkeit einer kriegerischen Konfrontation als Ganzes exogen beeinflusst; in Abb. 1 dargestellt durch die Verschiebung der Kurven bei unterschiedlichen Werten für das Bevölkerungswachstum p.a. Dabei wird davon ausgegangen, dass mit zunehmendem Bevölkerungswachstum zwar die Wahrscheinlichkeit einer militärischen Konfrontation infolge des steigenden Ressourcendrucks und der wachsenden militärischen Potenz stetig zunimmt, jedoch die Zunahme mit immer größerem Bevölkerungswachstum immer geringer ausfällt,

---

<sup>2</sup> Es versteht sich von selbst, dass die hier genannten Zahlenwerte nur der groben Orientierung des Lesers dienen; keinesfalls wird hiermit eine exakte numerische Angabe des dargestellten Zusammenhangs angestrebt, die in einer seriösen Analyse auch gar nicht erfolgen könnte.

da für sehr hohe Wachstumsraten keine großen *zusätzlichen* Auswirkungen mehr auf den ökonomisch-politischen Handlungsdruck angenommen werden.<sup>3</sup>

Die Ressourcenausstattung und insbesondere eine etwaige Ressourcenknappheit könnten für die vorliegende Analyse ferner von Interesse sein; jedoch ist vor allem die Knappheit von Ressourcen nicht objektiv messbar. Ab welchem Niveau kann von Knappheit gesprochen werden? Und welche Ressourcen sollten für ein solches Kriterium überhaupt in Erwägung gezogen werden? Da insbesondere moderne Volkswirtschaften mehr denn je von den Ressourcen Bildung, Information und anderen, immateriellen Ressourcen abhängen, wären diese kaum für eine Analyse wie die vorliegende operationalisierbar (vgl. zur Problematik der Ressourcenmessung allgemein Zuk 1985).

Dieser Aufsatz betrachtet schließlich explizit nicht die Rückwirkungen von einmal ausgebrochenen militärischen Konflikten auf das Wirtschaftswachstum; hierzu wurde ohnehin von Rasler und Thompson (1985) festgestellt, dass diese auf dem Niveau eines Konfliktes zwischen zwei Staaten meist insignifikant, weil kurzfristig sind. Allgemein sei zur weiteren Lektüre dieses Zusammenhanges auf Rasler und Thompson (1985) sowie auf Reuveny und Thompson (1999) verwiesen.<sup>4</sup>

Wichtig ist zum Abschluss, dass der hier beschriebene Zusammenhang als Modell natürlich nie mit Gewissheit einen militärischen Konflikt nur aus der Variablen Wirtschaftswachstum folgern kann (anders formuliert: Die Kurven in Abb. 1 werden den Funktionswert 1 nie erreichen, der daher mit der fetten Linie gleichsam als unerreichte Obergrenze gekennzeichnet ist; vgl. zu diesem Aspekt die Bemerkungen in Abschnitt 1): Da enorm viele weitere, insbesondere verhaltenspsychologische Einflussfaktoren existieren, die dieses Modell nicht erfasst, kann unter veränderten Begleitumständen der hier unterstellte Zusammenhang natürlich außer Kraft gesetzt werden. Außerdem existiert neben der militärischen Option natürlich vor allem auch die der Handelsintensivierung (vgl. z.B. Tir und Diehl 1998, S. 324f.).<sup>5</sup> In der Tat deutet dies bereits auf eine mögliche Handlungsempfehlung aus der vorliegenden Analyse hin, wie sie in Abschnitt 3 gezogen werden.

---

<sup>3</sup> Im Gegensatz zum Bevölkerungswachstum wird die Bevölkerungsdichte hier nicht in die Analyse mit einbezogen; dies deshalb, weil sie sich in den meisten empirischen Untersuchungen als nahezu irrelevant herausgestellt hat (vgl. z.B. Tir und Diehl, 1998).

<sup>4</sup> Eine kurze Bemerkung sei noch gemacht zu dem in der Literatur singulär herausgegriffenen Nord-Süd-Konflikt zwischen den entwickelten Staaten der nördlichen und den vergleichsweise unterentwickelten der südlichen Halbkugel: Da dieser keine einzelnen Länder betrachtet, sondern ganze Hemisphären, ist er für die vorliegende Analyse nicht relevant. Und auch das im Zusammenhang des Nord-Süd-Konflikts gerne verwandte Modell des *Leadership-Long Cycle* Ansatzes kommt hier nicht zur Anwendung, weil es das Weltsystem der Staaten als Ganzes betrachtet und folgerichtig als Variable anstelle des Wirtschaftswachstums von Staaten das Weltwirtschaftswachstum verwendet. Der interessierte Leser sei zu der gesamten Thematik zum Beispiel auf Reuveny und Thompson (2002) verwiesen.

<sup>5</sup> Schließlich ist ein limitierender Faktor dieser wie auch aller anderen Analysen auf Staatenebene, dass sie global wirksame, sicherheitspolitisch relevante Faktoren wie z.B. den Klimawandel nicht berücksichtigen können; im vorliegenden Modell liefe eine im Zeitablauf abgetragene Wirkung des

## 2.1 Zum Zusammenhang von Konflikt und Bevölkerungswachstum

Im zuvor dargestellten Modell nimmt das Bevölkerungswachstum den gesonderten Status eines exogenen Einflussfaktors auf den Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und der Wahrscheinlichkeit einer militärischen Konfrontation ein. Dafür sprechen die folgenden Argumente:

Choucri und North (1972, S. 81) beschreiben in ihrer grundlegenden Arbeit drei Basisfaktoren internationaler Konflikte: Nationale Expansion, antagonistischer Wettbewerb sowie (wirtschaftliche) Krisen. Dahinter sehen sie wiederum drei entscheidende Variablen: Bevölkerung, Ressourcen und Technologie (vgl. auch zum Folgenden Choucri und North 1972, S. 85f.). Ökonomisches Wachstum als die hier modellierte erklärende Variable ergibt sich aus der Sicht des Autors dann nicht nur aus dem technischen Fortschritt; es bündelt gewissermaßen als Super-Variable darüber hinaus auch die aus den Variablen Bevölkerung, Ressourcen und Technologie von Choucri und North abgeleiteten *Bedürfnisse* eines Volkes sowie dessen *spezielle Fähigkeiten*, diese auch zu befriedigen.<sup>6</sup> Das Wirtschaftswachstum ist damit die Zusammenfassung all dessen, was die Machtstrukturen zwischen Staaten definiert, die kurzfristig mobilisierbaren Rüstungsmöglichkeiten sowie die finanzielle Kraft zur Bewältigung eines (längerfristigen) militärischen Konfliktes eingeschlossen. Bevölkerungsstärke und Bevölkerungswachstum allein haben dagegen im Zeitalter der hochtechnisierten Kriegführung als erklärende Variable vergleichsweise an Bedeutung verloren: Auch ohne eine großes Heer kann ein kleines Land heutzutage enorme militärische Macht projizieren. Choucri und North verfallen jedoch nicht selbst darauf, anstelle ihrer Einzelvariablen das ökonomische Wachstum in ihrer Analyse systematisch zu berücksichtigen.<sup>7</sup> Für sie folgt stattdessen unmittelbar aus Bevölkerungswachstum *und* technologischem Fortschritt ein steigender Ressourcenbedarf, der die Wahrscheinlichkeit militärischer Konflikte erhöht (vgl. Choucri und North 1972, S. 87ff.).<sup>8</sup>

Allerdings beruht die Argumentation Choucris und Norths (1972) somit nahezu ausschließlich auf einem Ressourcenknappheitsproblem, das sich aus der Interaktion zwischen den steigenden Bedürfnissen aus einer größeren Bevölkerung einerseits und einem gestiegenen Technologieniveau andererseits ergebe. Diese Reduzierung der sicherheitspolitischen Problematik allein auf die Verfügbarkeit bestimmter Ressourcen ist

---

Klimawandels auf eine Verformung und Verschiebung der Kurven in Abb. 1 hinaus (vgl. zu diesem Aspekt insgesamt Homer-Dixon 1991).

<sup>6</sup> Bei Choucri und North (1972), Doran (1983) sowie Zuk (1985) heißen unter anderem diese Fähigkeiten *scapabilities*%.  
<sup>7</sup> Eine Andeutung der Relevanz des wirtschaftlichen Wachstums findet sich gleichwohl auf S. 85.

<sup>8</sup> Choucri und North (1972, S. 87, 90) fügen allerdings hinzu, dass dieser steigende Ressourcenbedarf nur dann zu Spannungen führen muss, wenn er nicht durch intensivierten Handel bedient werden kann; vgl. hierzu auch die einleitenden Bemerkungen in der Formulierung der Arbeitshypothese in Abschnitt 2.



jedoch kritisch, schon wegen der schwierigen Definition und der mangelnden Messbarkeit einer etwaigen Ressourcenknappheit, wie bereits in Abschnitt 2 geschildert (vgl. S. 4f. sowie Zuk 1985).

Die Autoren Tir und Diehl (1998) trennen daher explizit Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum in ihrer Analyse und stellen sie sogar gegenüber. Hohes Bevölkerungswachstum alleine begünstigt nach ihrer Argumentation noch nicht die Wahrscheinlichkeit eines militärischen Konfliktes, ja stellt die betroffenen Staaten *ohne flankierendes Wirtschaftswachstum* zumeist eher vor Probleme (vgl. Tir, Diehl 1998, S. 323ff.). Demnach werden Staaten mit relativ unterentwickelter Technologie vergleichsweise wahrscheinlicher in einen militärischen Konflikt gezogen als solche mit hochentwickelter Technologie, allerdings eher als Opfer denn als Aggressor (vgl. Tir und Diehl 1998, S. 319, 336). Und auch Choucri und North (1972, S. 85f.) betonen, dass Bevölkerungswachstum und technologischer Fortschritt nur im gemeinsamen Wechselspiel von kritischer Bedeutung für die Entwicklung militärischer Konflikte sind.

Zusammengenommen führen die genannten Zusammenhänge sowohl zu der Darstellung in Abbildung 1, dass der Boden der Kurve für ein vernachlässigbares Bevölkerungswachstum beinahe den Nullpunkt erreicht, wie auch dazu, dass für steigende, exogen wirkende Niveaus des Bevölkerungswachstums der Zusammenhang sich als Ganzes verschiebt; denn erst unter Hinzunahme des Wirtschaftswachstums als erklärende Variable entsteht ein wirksamer Zusammenhang auch mit dem Bevölkerungswachstum. Dass der Einfluss des Bevölkerungswachstums auf die Wahrscheinlichkeit einer militärischen Konfrontation überdies wie dargestellt mit abnehmenden Grenzeffekten erfolgen muss, beruht auf der Arbeit von Tir und Diehl (1998, S. 328). Sie gehen davon aus, dass ab einer bestimmten Höhe des Bevölkerungswachstums immer zusätzliches Wachstum kaum mehr zusätzlichen Handlungsdruck auf die politische Führung erzeugt, da dieser ohnehin schon sehr ausgeprägt ist.

Insgesamt ergibt sich aus der bisherigen Argumentation die Begründung für die hier erfolgte Modellierung des Wirtschafts- anstelle des Bevölkerungswachstums als endogene, erklärende Variable, die signifikante militärische Macht auf Seiten mindestens eines Staates als Voraussetzung für den Ausbruch eines militärischen Konflikts überhaupt erst ermöglicht; der folgende Abschnitt wird sich diesem Aspekt gesondert widmen.

## 2.2 Zum Zusammenhang von Konflikt und Wirtschaftswachstum

Für die weitere Entwicklung des Zusammenhangs zwischen der Wahrscheinlichkeit eines militärischen Konfliktes und dem Wirtschaftswachstum erfolgt zunächst ein Rückgriff auf die bereits im vorangegangenen Abschnitt angeführten drei Basisfaktoren für internationale Konflikte nach Choucri und North (1972, S. 81, 85): Nationale Expansion, antagonistischer Wettbewerb und (wirtschaftliche) Krisen, sowie die damit verbundenen Variablen Bevölkerung, Ressourcen und Technologie.

Wie bereits geschildert, fokussiert die Argumentation Choucris und Norths (1972) übermäßig auf ein reines Ressourcenknappheitsproblem, das sich aus der Interaktion zwischen den steigenden Bedürfnissen aus einer wachsenden Bevölkerung und einem steigenden Technologieniveau ergibt. Es lässt sich jedoch ebenso gut argumentieren, dass durch die sich stetig verbessernde Technologie und dem zugehörigen Wirtschaftswachstum die heimisch verfügbaren Ressourcen immer effektiver abgebaut werden können, so dass sich der steigende Ressourcenbedarf nicht in einem Handlungsdruck nach außen entladen muss (vgl. auch zum Folgenden Zuk 1985, S. 278f.). Das für den Zusammenhang zwischen ökonomischem Wachstum und Krieg Entscheidende ist nach dieser Ansicht dann vielmehr, dass durch das Wachstum und die damit fortentwickelten finanziellen und technischen Möglichkeiten die militärischen Kapazitäten eines Staates sich ebenfalls fortentwickelt haben; für Doran (1983, S. 431ff.) ist dieser Aspekt ebenfalls der wesentliche.<sup>9</sup> Reuveny und Thompson (1999) kommen schließlich auch empirisch zu diesem Ergebnis; in ihrer Analyse verbinden sie spezifisch wirtschaftliches Wachstum und die Neigung zum militärischen Konflikt, gemessen anhand der Variablen der Marinerüstung und der allgemeinen militärischen Mobilisierung, und gelangen zu einem positiven Zusammenhang.

Letztlich argumentieren auch Choucri und North (1972, S. 91f.) selbst so, wenn sie schreiben, dass sich empirisch kaum ein Land mit entwickelten Fähigkeiten finden ließe, das diese *Fähigkeiten*, also das *Ergebnis* aus technologischer Entwicklung und Wirtschaftswachstum, nicht bei Zeiten auch gegen andere Staaten genutzt hätte. Typischerweise, so fahren sie fort, entlade sich dann der unterstellte, gestiegene Handlungsdruck der ökonomisch aufstrebenden Länder gegen jene, die stagnieren. Dies entspricht ihrem Ausgangspunkt der drei Basisfaktoren internationaler Konflikte, zu denen auch explizit wirtschaftliche/politische Krisen zählen (s.o.). So erklärt sich die hier erfolgte Modellierung, wonach ebenso ein längerfristig stagnierendes Wirtschaftswachstum die Wahrscheinlichkeit einer militärischen Konfrontation des betrachteten Staates erhöht. Homer-Dixon (1991, S. 91ff.) argumentiert darüber hinaus mit besonderer Relevanz für die

---

<sup>9</sup> Diese fortentwickelten militärischen Kapazitäten stellen eine weitere Bedeutung des *capabilities*-Begriffes in den hier zitierten Quellen dar (vgl. Fußnote 6).

Analyse von Staatensystemen aus Entwicklungsländern, wie ein vergleichsweise wirtschaftlich schwaches oder sogar stagnierendes Land als der Aggressor eines militärischen Konfliktes auftreten kann. Der Kern liegt dabei in einer etwaigen rückläufigen landwirtschaftlichen Produktion; diese kann in besonderem Maße Handlungsdruck auf die politischen Entscheidungsträger erzeugen, weil von ihr die Grundbedürfnisse der Bevölkerung berührt werden. Die Landwirtschaft aber ist das dominierende Element schwach entwickelter Ökonomien wie etwa in Afrika; eine Stagnation der landwirtschaftlichen Produktion ist in diesem Umfeld dann gleichbedeutend mit geringem oder negativem Wirtschaftswachstum, wie hier modelliert. Doran (1983, S. 436ff.) dagegen sieht insbesondere in dem Bestreben eines Staates mit stagnierendem Wirtschaftswachstum, seine zuvor gewohnte Position im relevanten Staatensystem zu verteidigen, einen weiteren wichtigen Antriebsgrund für einen militärischen Konflikt.

So entsteht der zweite Teil der hier entwickelten Hypothese: Sowohl starkes als auch schwaches oder gar negatives Wirtschaftswachstum über einen längeren Zeitraum hinweg führen zu einer höheren Anfälligkeit eines Staates für militärische Konflikte, sei es als Aggressor oder als Opfer. Denn das daraus resultierende Gefälle in der Entwicklung verschiedener Staaten innerhalb einer Einflussosphäre führt zu Verschiebungen im Machtgefüge, die sich zumeist zwischen den stark aufstrebenden und den stagnierenden Staaten entladen.

### **3 Zusammenfassung, Anwendung und Ausblick**

Die hier erfolgte Untersuchung lässt einen systematischen, U-förmigen Zusammenhang zwischen dem langfristigen Wirtschaftswachstum eines Staates und der Wahrscheinlichkeit vermuten, dass dieser Staat in eine militärische Konfrontation verwickelt wird. Damit fügt sie sich in die hier zu Grunde gelegte Theorie des offensiven Neorealismus (vgl. S. 3), die davon ausgeht, dass ausgeprägte Machtungleichgewichte in einem System von Staaten zu einem militärischen Konflikt zwischen den stark aufstrebenden einerseits und den stagnierenden Staaten andererseits führen, insbesondere, da die stagnierenden Staaten zu ihrem eigenen Schutz zur Allianzenbildung gegen den/die neuen Großmächte tendieren.

Die vorliegende Analyse konnte zunächst allerdings nur als Exegese der bestehenden Literatur erfolgen; wünschenswert wäre daher in nachfolgenden Arbeiten die empirische Überprüfung der hier entwickelten Hypothese. Konkrete Beispiele zur Unterfütterung der Hypothese jedoch . wie im Folgenden dargestellt . lassen einige Schlussfolgerungen bereits an dieser Stelle zu.

Aus der Sicht des hier entwickelten Modells lässt sich etwa erklären, warum etwa die napoleonischen Kriege gerade zwischen dem wirtschaftlich aufstrebenden Frankreich und den stagnierenden Alt-Großmächten Preußen, Österreich und Russland ausbrachen. Umgekehrt wird aus der hier entwickelten Sicht deutlich, dass gerade England im Laufe der gut 100 Jahre zuvor sich immer wieder wechselnden Allianzen europäischer Mächte gegenüber sah, die so den Aufstieg der neuen (Wirtschafts-)Supermacht . letztlich fruchtlos . verhindern wollten.

Auch in der jüngeren Vergangenheit passen die Beispiele des wirtschaftlich fulminant aufstrebenden deutschen Kaiserreichs am Vorabend des 1. Weltkriegs als Hauptaggressor mit einer gegengerichteten Allianz ins Bild, wie auch umgekehrt gerade des wirtschaftlich vergleichsweise gebrochenen Nazideutschlands wiederum als Hauptaggressor am Vorabend des 2. Weltkriegs.<sup>10</sup> Und schließlich erklärt das Modell auch, warum im Europa der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts trotz allen stürmischen Wirtschaftswachstums seit dem Ende des 2. Weltkrieges eine für diesen Erdteil ungewöhnlich lange Friedensperiode besteht: Denn kaum je in diesen mehr als sechs Jahrzehnten hat es zwischen den meisten europäischen Staaten *langfristig* ein signifikantes Gefälle beim wirtschaftlichen Wachstum gegeben. Der wichtige Beitrag der institutionalisierten Zusammenarbeit der europäischen Staaten im Rahmen der Europäischen Union soll dabei natürlich nicht vergessen werden und hilft, °offene Wunden±des hier entwickelten Modells zu schließen, wie sie etwa mit Blick auf Randstaaten wie Portugal oder Griechenland bestehen, die gemäß des Modells im Lauf der Zeit Teil eines militärischen Konflikts hätten sein müssen.

Doch auch *aus* der Perspektive des hier entwickelten Modells ergibt die Entwicklung der Europäischen Union Sinn: Nicht wenige Politikwissenschaftler haben diese als gleichsam *integratives* balancing-Instrument der übrigen europäischen Staaten gegen das ökonomisch stark wachsende Nachkriegsdeutschland bezeichnet (vgl. z.B. Link 2002, S. 62ff.). Anders formuliert: Statt Gegenmachtbildung mit Blick auf Deutschland zu betreiben, entschieden sich die europäischen Staaten für den kooperativen Ansatz einer gemeinsamen Institution, in die sie das aufstrebende Deutschland bewusst einbanden, in das umgekehrt Deutschland aber auch eingebunden werden wollte. Daraus folgt insgesamt die wichtigste Einsicht der vorliegenden Analyse, die zwar insgesamt nicht eben neu ist, mit Blick auf eine spezifisch wirtschaftliche Perspektive aber sich als besonders relevant zu erweisen scheint: Gerade wirtschaftliche Kooperation oder sogar Integration wie im Falle der Europäischen Union sind die wichtigsten Instrumente zur Einhegung etwaiger ökonomisch-politischer Spannungspotentiale, wie sie aus langfristig bestehenden ökonomischen Wachstumsgefällen von Staaten innerhalb einer Einflussosphäre resultieren können.

---

<sup>10</sup> Hier ist der wichtige Umstand zu bemerken, dass strukturelle Erklärungsansätze wie die neorealistic Theorie und damit auch das vorliegende Modell vom Typus des jeweiligen politischen Regimes bewusst abstrahieren (vgl. Walt 2002).

Besonders die Europäische Union ist genau deswegen zugleich Beispiel für eine wichtige Handlungsempfehlung aus der vorliegenden Analyse: Politische Entscheidungsträger sollten insbesondere auf jene Staaten in ihrer Einflussosphäre achten, die entweder ein sehr starkes *oder* auch ein sehr schwaches bis negatives langfristiges Wirtschaftswachstum aufweisen, sich der potentiellen Gefahr hieraus bewusst sein, und alles in ihrer Macht Stehende tun, um Schritte zum friedlichen Abbau der sich daraus ergebenden Spannungen zu ergreifen. Insbesondere die politischen Entscheidungsträger aufstrebender Staaten sollten Sorge tragen, ein etwaiges Wachstumsgefälle gegenüber anderen Staaten ihrer Einflussosphäre durch Kooperation zu relativieren. Dafür muss gar nicht eine umfassende, politische Zusammenarbeit in der Art der Europäischen Union erfolgen. Es dürfte aus der Erfahrung der vergangenen Jahrzehnte bereits hinreichend sein, durch intensivierete, möglichst multilaterale Handelsbeziehungen (also Handelszonen à la Mercosur, APEC, ECOWAS u.ä.) ein *sichtbares* Netz wechselseitiger, ökonomischer Abhängigkeit zu weben, um so dem einzelnen Staat zum Einen eine konfrontative Haltung zunehmend unattraktiv zu machen, wie ihm auch zum Anderen das Gefühl ökonomischer Relevanz zu geben (vgl. Doran 1983, S. 436).

## Literaturverzeichnis

- Choucri, Nazli und North, Robert C. (1972):** „Dynamics of International Conflict: Some Policy Implications of Population, Resources, and Technology“ in: *World Politics*, Vol. 24, Supplement: Theory and Policy in International Relations, S. 80-122.
- Doran, Charles F. (1983):** „War and Power Dynamics: Economic Underpinnings“, in: *International Studies Quarterly*, Vol. 27, No. 4, S. 419-441.
- Homer-Dixon, Thomas F. (1991):** „On the Threshold: Environmental Changes as Causes of Acute Conflict“, in: *International Security*, Vol. 16, No. 2, S. 76-116.
- Link, Werner (2002):** „Integration, Kooperation und das „Gleichgewicht“ in Europa“ in: Reinhard C. Meier-Walser/Susanne Luther (Hg.): *Europa und die USA: Transatlantische Beziehungen im Spannungsfeld von Regionalisierung und Globalisierung*, München: Olzog, S. 61-70.
- Rasler, Karen und Thompson, William R. (1985):** „War and the Economic Growth of Major Powers“, in: *American Journal of Political Science*, Vol. 29, No. 3, S. 513-538.
- Reuveny, Rafael und Thompson, William R. (1999):** „Economic Innovation, Systemic Leadership, and Military Preparations for War: The U.S. Case“, in: *The Journal of Conflict Resolution*, Vol. 43, No. 5, S. 570-595.
- Reuveny, Rafael und Thompson, William R. (2002):** „World Economic Growth, Northern Antagonism, and North-South Conflict“, in: *The Journal of Conflict Resolution*, Vol. 46, No. 4, S. 484-514.
- Tir, Jaroslav und Diehl, Paul F. (1998):** „Demographic Pressure and Interstate Conflict: Linking Population Growth and Density to Militarized Disputes and Wars, 1930-89“, in: *Journal of Peace Research*, Vol. 35, No. 3, S. 319-339.
- Walt, Stephen (1984/85):** „Alliance Formation and the Balance of World Power“, in: *International Security*, Vol. 9, No. 4, S. 3-43.
- Walt, Stephen (2002):** „The Enduring Relevance of the Realist Tradition“, in: Ira Katznelson/Helen V. Milner (Hg.): *Political Science: The State of the Discipline*, London/New York, NY: W.W. Norton & Company, S. 197-234.
- Zuk, Gary (1985):** „National Growth and International Conflict: A Reevaluation of Choucri and North's Thesis“, in: *The Journal of Politics*, Vol. 47, No. 1, S. 269-281.